

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg. Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einchl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 12. November 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 132

Bekanntmachung

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker wird hiermit zur Beratung und Beschlußfassung über nachstehende Verhandlungsgegenstände einberufen, und zwar für den

24. November und folgende Tage

nach Leipzig, Buchgewerbehaus, Holzstraße.

Besondere Einladung an die Mitglieder des Tarifausschusses und an die Vertreter der Organisationen ergeht nicht. Die Herren werden deshalb gebeten, dem Tarifamt umgehend mitzuteilen, ob sie an dieser Verhandlung teilnehmen werden.

Berlin, 5. November 1921.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Rudolf Ullstein,
Prinzipalsvorsitzender.

Robert Braun,
Gehilfenvorsitzender.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Verhandlungsgegenstände:

Anträge der Prinzipalsvertreter:

1. Erhöhung der im § 81 Ziffer 3 festgelegten Geldstrafe.
2. Erhöhung der Lehrlingslohnstrafe.
3. Erhöhung der Höhe des Preisstarifs.

Anträge der Gehilfenvertreter:

1. Abänderung des bis zum 31. Dezember 1921 geltenden Lohnabkommens und Neuregelung desselben.
2. Verdopplung des Maschinenlehrerzulags (§ 3 Ziffer 2).
3. Erhöhung der Entschädigung für Sonntagsarbeit, weil diese in keinem richtigen Verhältnis zur Entschädigung für Überstunden steht.
4. Es ist durch den Tarifausschuß grundsätzlich festzulegen, daß in den befehlten Gebieten aller Tarifkreise und den an diese angrenzenden bzw. mit ihnen zusammenhängenden Gebieten eine Sonderzulage zu zahlen ist.
5. Nehl ist als Brückenkopf befehltes Gebiet und das Kreisamt wird mit der Regelung der dortigen außerordentlichen Verhältnisse beauftragt.
6. Der Tarifausschuß sollte beschließen, daß die Besatzungszulage für den Kreis III auch im Kreisvorort Frankfurt a. M. zu zahlen ist, da die Steuerungs-

- verhältnisse dort zum allermindesten die gleichen sind wie in den mit dem gleichen Lokalzulagslage belegten, Frankfurt unmittelbar vorgelagerten Rudorf-Oriesheim, Nied, Schwannheim und Köstl. Sollte eine Verständigung im Tarifausschuß nicht möglich sein, so ist das Kreisamt mit der Regelung der Angelegenheit zu beauftragen.
7. Das Kostgeld der Lehrlinge in den gegenwärtigen Steuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen.
 8. Festsetzung einer Kolonialzulage für den Tarifkreis XII bzw. Übertragung dieser Festsetzung an das Tarifamt.
 9. Auslegung der Ziffer 8 im § 7 betreffend Aufrechnung halber Überstunden.
 10. Können Maschinenführer Mitglieder der Tarifgemeinschaft werden?
 11. Sind Dienstbehinderungen, verursacht durch Wahrnehmung eines Schöffenamts, eines Landtagsmandats und dergl. entschädigungspflichtig nach § 6?
 12. Schaffung eines besonderen Tarifkreises für das Saar-gebiet.
 13. Sollten für Berlin und Hamburg wie bisher höhere Steuerungszulagen gewährt werden, so ist für Leipzig derselbe Zuschlag zu bewilligen.

Zur Einberufung und Tagesordnung des Tarifausschusses

Als wir über die letztmalige Gauvorsteherkonferenz berichteten, geschah das einleitend mit der Bemerkung, daß damit zum viertermal im Jahre 1921 unsere nächst der Generalversammlung rangierende Verbandshörerschaft gefügt habe. Beim Tarifausschuß tritt mit der Einberufung zum 24. November dieser Fall nun auch zum viertermal ein. Der Tarifausschuß hat im Jahre 1919 diesen Rekord aber schon einmal erreicht. Für Mai 1920, für Februar 1921 und nun jetzt für November ist Leipzig als Verhandlungs-ort bestimmt worden. Die Häufigkeit der Tagungen des Tarifausschusses (wie auch der Gauvorsteherkonferenz) entspricht lediglich dem recht kranken Zustand der allgemeinen wirtschaftlichen Zustände. Gegenwärtig kann sogar von einem bestehenden weltwirtschaftlichen Irrsinn gesprochen werden. Damit ist gesagt, daß wir als Einzelgewerbe dem Strudel der gefährlichen Geschehnisse nicht zu entkommen vermögen, um von der Insel der Seligen aus den Tod und Verderben veranlaßlichenden Lauf der Dinge zu verfolgen. Auch auf Prinzipalsseite ergibt man sich mit einem gewissen Fatalismus diesen gottgewollten Abhängigkeiten. Schrieb doch Herr Bertold Sturm am 21. Oktober in der „Zeitschrift“ in Buchbinderlohnangelegenheiten von einer Zeit, „in der zentrale Verhandlungen belnahe aller vier bis sechs Wochen stattfinden“. Im Buchdrudergewerbe sind wir ja noch nicht ganz bei diesem Tempo angelangt, die Buchbinder haben nicht nur kompliziertere Verhältnisse, sondern mußten auch mehrmals wechselnde Verhandlungen führen. Wenn es in Zukunft,

angesichts der katastrophalen Entwicklung, untrer Währungsverhältnisse, noch schwieriger wird, die Zahl der Lohnverhandlungen einzuschränken, so kann doch von der hinter uns liegenden Zeit gesagt werden, daß bei ausreichender Berücksichtigung der obwaltenden Lohnbedürfnisse von der anderen Seite aus manche Tagung in beiden Gewerben hätte vermieden werden können. Dazu auch viele Unruhe und Konflikte. Ob sich trotz alledem für die fernere Zeit nicht eine Vereinfachung der Methode und eine Verkleinerung des Verhandlungsapparates (schon im Hinblick auf den Kostenpunkt) ermöglichen ließe, darüber dürfte wohl das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Die Prinzipalsseite muß dann natürlich davon Abstand nehmen, die Provinzvertretung immer mehr erweitern zu wollen.

Die „Zeitschrift“ vom 8. November brachte zur Einberufung des Tarifausschusses einige Betrachtungen, die nicht zum besten gelungen sind. Wir haben in untrer Nr. 130 unter „Rundschau“ ganz kurz angeführt, daß die Gehilfenleitung verschiedene Widerstände auf Prinzipalsseite überwinden mußte, bis es zur früheren Zahlung der zweiten Rate und zum früheren Ansetzen neuer Verhandlungen kam. Das Prinzipalsorgan kann lediglich die am 29. Oktober in Weimar geführten Lohnverhandlungen für das Buchbindergewerbe geltend machen, daß nun bei der Prinzipalsleitung ein Umschwung in der Beurteilung der Lage eingetreten ist. Alles andre, namentlich die hervor-gehobene Tatsache, daß die weitere Zulage von 25 Mk. (Novemberrate), in verschiedenen Orten, aber auch in ganzen Kreisen schon von Ende Oktober, ja sogar teilweise ab 1. Oktober gezahlt wird, waren doch bei der

am 31. Oktober und 1. November in Leipzig abgehaltenen erweiterten Hauptvorstandssitzung des BVB. schon bekannte Dinge, sind zum mindesten dort zur Kenntnis gelangt. Trotzdem hat die Gehilfenleitung noch einige Bräcker daraufsetzen müssen, bis es dann so weit kam, wie augenblicklich der Stand ist. Die „Zeitschrift“ sagt nun, die Prinzipalschäpfer hätten sich auf ihrer Konferenz der Einfachheit nicht verschließen können, „daß sich tatsächlich eine Erhöhung der Lebenshaltung überraschend schnell bemerkbar mache“; die Prinzipalsität verkenne also die Vorgänge auf dem Wirtschaftsmarkt nicht, wie ihr vielfach von Gehilfenseite vorgehalten werde. Nach allem, was man bis in die jüngsten Tage erleben konnte, stehen wir der Erkenntnis der Prinzipale über das, was nützt, doch mit Bedenken gegenüber; erst ausreichende Beweise größerer Einsicht können davon befreien.

Der Lehrer Sinkende Bote tritt denn auch in dem kleinen Artikel nachdem ziemlich breitspurig mit Ermahnungen auf, die sich also lesen:

Andererseits gebieten die sich überfüllenden Verhältnisse mehr denn je, in aller Ruhe und mit reiflicher Überlegung die gewerbliche Lage zu überprüfen. Bei allen den Gehilfen bzw. der Arbeiterchaft zu gewöhnlichen Zugeständnissen ist auf die Tragfähigkeit des Gewerbes besonderer Nachdruck zu legen. Nicht höchste Steigerung des Arbeitslohns darf in dieser schweren Zeit das ausschlaggebende Moment sein, sondern die Gewißheit, daß die gegenwärtige Geschäftslage im Buchdrudergewerbe auch erhalten bleibt, und daß auf die Stetigkeit des Arbeitsverhältnisses das Hauptgewicht gelegt wird. Was wird viel nützlicher sein als ein unüberlegtes und sinnloses Hinanstreben der Löhne, durch das der Produktionsprozeß in einer für das Gewerbe unerträglichen Weise verteuert und die Auftraggeber abgedrückt werden. Weises Maßhalten ist hier das erste Gebot, wenn nicht durch die sonst unvermeidbar große Arbeitslosigkeit jenes übertriebene Mehr an Lohn nicht nur wieder wettgemacht werden, sondern der Durchschnittslohn sogar noch unter dem normalen Stand sinken soll.

Bei diesen allen Gedankengängen und temperierten Ermahnungen in ziemlich ungeschlichter Form müßte zunächst gesagt werden, wer denn eigentlich damit gemeint sein soll. Das klingt einmal allgemein und dann wieder nur auf die Buchdrucker bezugnehmend. Wenn „unüberlegtes und sinnloses Hinanstreben der Löhne“ von der Buchdrudergewerkschaft gelten soll, wo sie doch erst bei den Septemberverhandlungen um einige größere Stufen herauf- und damit über die allgemeine Mitte mit ihren Löhnen gekommen ist, dann wäre das starke Tabak. Dann müßten wir schon das Prinzipalsorgan ersuchen, um allen Gefahren für das Gewerbe zu begegnen, seiner Seite unter dem Gesichtspunkte der Preisstarfverhöhung eine ebenso erbauliche Vorlesung zu halten.

Die Tagesordnung ist recht umfangreich. Bei näherem Befehen wird man aber finden, daß zehn Punkte von den insgesamt sechzehn unerledigt gebliebenen Sachen von früheren Tagungen darstellen. Antrag 9 stammt sogar noch von der Juniitzung her; er ist lo „umstürzlerisch“ für die gewerbliche Ordnung, daß er nun endlich unter Dach und Fach gebracht werden könnte. Was die andern neun Anträge von dem vierten an betrifft, so sind sie von der Septembertagung übernommen, weil auf dieser beim Hauptpunkte der Lohnerhöhung die Befanden abberufen wurden. Es muß diesmal aufgearbeitet werden. Wenn man die verschiedenen Anträge auf Befahungs- oder besondere Zuschläge betrachtet, dann ist damit auch ein Gradmesser gegeben für die ganz unaufrichtigen Verhältnisse, in die wir durch die Kriegsfolgen geraten sind. Die Unterschiedlichkeit untrer Lohnsätze nach dem Lokalzulagsfallsfall, nach Hamburg und Berlin, nach sonstigen besonderen örtlichen Zuschlägen, nach Befahungs- und Grenzzulagen, nach Wirtschaftsbefehlen, Salonorien und was noch für Zuschläge ist bis zur Unüberblicklichkeit groß. Wer aber könnte im Einzelfall eine Berechtigung befreiten? Gerech wird diese Methode trotzdem nicht zu nennen sein. Wenn auch dieses Mal wieder befehlsmäßige Beschlüsse über diese Anträge gefaßt werden müssen, so halten wir doch dafür,

daß der vor drei oder vier Jahren schon einmal von uns vorgelegene Weg ins Freie mit nur drei Klassen (A, B, C dieses — O) und einem hohen allgemeinen Minimum allein noch Hilfe zu bringen vermag. Die amtliche Lohnklasseneinteilung geht bis E (= O), sie wird auch nicht mehr lange zu halten sein. Da die Lohnzuschläge aber bis Ende 1922 laufen, so muß eben noch geklärt werden. Antrag 3 ist mehr praktischer als prinzipieller Art. Antrag 2 dagegen, der zum ersten Male formell erscheint, wird den Prinzipalern wohl nicht ganz überraschend kommen, nachdem an verschiedenen Orten danach schon praktisch verfahren wird und die Maschinenfeger mit diesem Begehren auf der andern Seite bereits teilweise Zustimmung verzeichnen können. Die Anträge 7, 10, 11 und 12 bedürfen hier keiner Erörterung.

Die Neuregelung des Lohnabkommens (Antrag 1 der Gewissenvertreter) ist wieder der wichtigste Punkt, damit geht Antrag 3 der Prinzipalvertretung konform. Obwohl nicht nur einmal von uns erklärt worden ist, daß der Mehrerhalt von Papiergeld an sich keine Leistung bringen kann, weshalb wir auch schon gesagt haben, daß noch andre Wege beschritten werden sollten, muß wieder zu dem Mittel der Lohnerhöhung gegriffen werden. Die Zufuhr mit dem Dollarstand am 8. November von 309,69 M. ist schon Katastrophe. Wenn da die Reichsregierung sich beeilt hat, die Beamtengehälter um 25 bis 30 Proz. auszubessern (selber wieder in den höheren Gruppen, wo noch sehr viele Reaktionäre und Feinde der Republik zu finden sind, am meisten), dann geht es bei uns auch nicht anders. Für die Arbeiterkassen im Buchdruckgewerbe sind ja die „deutschnationalen Kartoffeln“ bis zu 20 M. herab pro Zentner nicht da; sie muß den vierzig-, fünfzig- und noch mehrfachen Betrag über den Friedenspreis für das wichtigste Volksnahrungsmittel aufbringen. Auch die ungeheuren Margarinpresse, die in den letzten paar Wochen dreimal stark erhöht wurden, muß sie bezahlen, denn nächst den Kartoffeln spielt die Margarine die Hauptrolle im Arbeiterhaushalt. Der Margarineverband treibt die unverkämteste Preispolitik; er hat nachweislich sogar Preisrückgänge bei sinkenden Rohstoffpreisen vorgenommen. Die amtliche Inbziffer ist vom September zum Oktober um 84 Punkte gestiegen. Die Großhandelspreise für 77 Waren sind von Anfang Oktober bis zu Anfang November um ein volles Drittel gestiegen, nämlich von 184 auf 248 als Inbziffer. Damit sind die Großhandelspreise gegen die Vorkriegszeit um das Sechsen- und zehnfache höher geworden. Es geht also sprunghaft in die Höhe; im Kleinhandel wird es noch schlimmer werden. Da ist jetzt noch gar nicht zu übersehen, wo wir am 24. November stehen werden. Deshalb kann von Anträgen über Preisbewegungen wohl abgesehen werden. Die Gewissenvertretung wird bei ihrem Zusammenritt die ganze Situation gewissenhaft erwägen und alles tun, was sich nur machen läßt. Eine Unterbrechung der Gewissenvertreter über besondere Erscheinungen ist aber doch zu empfehlen.

Von den Prinzipalansätzen haben wir Punkt 3 schon berührt. Die Preistariferhöhung ist nach zwei Seiten zu beurteilen: der unbedingter Notwendigkeit nach dem Maßstabe der für Materialien usw. eingetretenen weiteren Verteuerung sowie unter dem Gesichtswinkel der „Zellschiff“, die ja allgemein zu Maßhalten und Rücksicht auf die Tragfähigkeit des Gewerbes ermahnt. Antrag 1 soll jedenfalls aus der Geldentwertung folgen. Bei der Tarifenerneuerung im November 1920 wurden die zur Vermeidung des Auschlusses seit 1912 im Tarif befindlichen Straßfäße schon einmal bedeutend erhöht (von 50 auf 100 M. und für Prinzipale von 1000 auf 5000 M.); auch hier wäre ein Zusatz verfehlt.

Antrag 2: Erhöhung der Lehrlingskassen, ist eine neue Abwägung. Bei den großen Verhandlungen jetzt vor einem Jahre gelang endlich eine wirkliche Verbesserung der Lehrlingskassen; seit 1886 war daran nur schwächlich herumgedoktert worden. Die Provinz, wo während der Kriegszeit die Lehrlingsverhältnisse beträchtlich verschlechtert worden waren, zeigte bald Umwanken darüber, und die Provinzopposition (Nichtung Weimar) hat seit ihrem Aufkommen auch in diese Sache gebauert. Da sollen wohl nun diese Kreise zufriedengestellt werden mit einer Konzession auf dem Lehrlingsgebiet. Es sind ja keine Arbeitslosen da! Aber man lasse sich durch den heillosen aufen Gehaltssturz, der hauptsächlich Auslandsaufträgen zu danken ist, doch nicht täuschen. Reichswirtschaftsminister Schmidt hat am 7. November im Reichstage ganz richtig erklärt, Industrie und Handel hätten mit einer baldigen schweren Krise zu rechnen. Dazu kommt es selber gewiß, und das ist schon in welchem Maße für die Faltung der Gewissenvertretung bestimmend. Zum andern bedeutet der Antrag eine materielle Änderung des Tarifs, die ist nur bei Tarifverträgen oder Tarifenerneuerungen zulässig. Die Gewissenvertretung könnte dankt ja auch mit allem möglichen angerückt kommen! Bei den Februarverhandlungen wollte man prinzipiell bereits an der neuen Lehrlingskassen (im vierten Lehrjahre ein neuer Lehrjahr), damals wurde der Antrag im Plenum als unzulässig erklärt, da er auf eine Tarifänderung hinausläufe. Von dem

jetigen Antrage gilt das noch viel mehr. Sprechen wir lieber im Buchdruckgewerbe über die Durchführung der in verschleierter Form ja fabrikierter Lehrlingsordnung!

Arbeit gibt es also genug in Leipzig. Möge man sie im Hauptpunkte gut und schnell verrichten und von vorn herein auf Berliner Sebamtenbeste Verzicht leisten. Das deutsche Volk ist in den letzten Wochen um Milliarden geschädigt worden, die Großverdiener haben ballenweise das Geld einladen können. Welche Wälder haben sich denn gegen diese infame Ausplünderung gemahnt? Also müssen auch die Buchdrucker zeigen, wie man sich gegen solche Raubzüge zur Wehr setzt. Das werden sie tun am 24. November mit der Forderung eines Ausgleichs zwischen Lohn, Leistung und Geldentwertung sowie fortschreitender Anpassung an das, was die großen und die kleinsten Weltmächer noch fertig bringen werden.

Der Kampf der Maschinenfeger

In dem im Buchdruckgewerbe tobenden Kampfe wird ein schon lange glimmender Funke im großen und ganzen übersehen, der zur Explosion herangerast ist. Es ist dies der Kampf der Maschinenfeger. Seit Jahren hat man aus der Haut der Maschinenfeger Kleinen geschüttelt. Wer ehrlich ist, muß dies zugeben.

Die Maschinenfeger erleben im Frieden 25 Proz. Aufschlag auf den Sandeherlohn. Washalb? Weil ihre Arbeit an der Sechsmaschine anstrengender, nervenzerrüttender, gesundheitsschädlicher und ihre Arbeitskraft mehr ausgenutzt wurde wie die des Sandeherlohn. Der Maschinenfeger ist im Buchdruckgewerbe das ausgesprochene Arbeitsvieh, von dem alles abhängt. In oft mehr als gesundheitsgefährlichen Löhren, wo gewöhnlich wenig Sonne hinkommt, oft genug in Ethen, wo gerade noch Platz ist, im gasgeschwängelter Räume, beim triiben Scheine der elektrischen Birne in Tag- und Nachtschicht schindet er mit monotoner Gleichmäßigkeit seine Zellen. So ganz „nebenbei“ muß er noch „ein wenig“ Mechaniker spielen, seine Maschine ständig „am Laufen“ halten, was bekanntlich nicht immer einfach ist bei den heutigen Erstatellen. Es eribrigt sich wohl, nachzuweisen, daß die Tätigkeit des Sandeherlohn nicht so nervenzerrüttend ist. Für diese aufreibendere Tätigkeit gab man dem Maschinenfeger in einer Zeit, wo Recht und Billigkeit noch Geltung hatten, 25 Proz. Aufschlag. Heute zahlt man 6 Proz. Aufschlag. Man geht darüber hinweg, daß heute die Anstrengungen noch größer sind als im Frieden, weil der menschliche Körper durch die Entbehrungen nicht mehr so widerstandsfähig ist, und zahlt eben ein Viertel des Friedensaufschlags.

Die Maschinenfeger hatten immer das Recht, Anträge auf Erhöhung des Aufschlags zu stellen, die aber kein nennenswertes Ergebnis hatten, oder man hatte, wie im letzten Falle, keine Zeit mehr, hierüber zu verhandeln. Man appelliert dann an die Maschinenfeger, an die Allgemeinheit zu denken, genau so, wie man an die Großstadtkollegen appelliert, an das lagenhaft gewordene „platte Land“ zu denken. Die Maschinenfeger haben eingesehen, daß man sie auf Kosten der Allgemeinheit entachtet hat und ihre Erregungssache nahm und, was das Schlimmste ist, nicht wieder gibt, wenn sie nicht mit größter Entschlossenheit ihre Rechte wieder erkrämpfen!

Die Maschinenfeger fordern mit Entschiedenheit einen entsprechenden Aufschlag auf das Sandeherlohnminimum. Es wird ihnen auf die Mäuter nicht entfallen, für 23 bis 27 Papiermark (nach Friedensrechnung und Valuta für einige wenige) Maschinenfeger zu spielen, während es im Frieden 6 bis 10 Goldmark und mehr gab. So hört man auch schon vielfach und mit Recht, daß die Stundenleistung von 6000 Buchstaben auf Grund des Aufschlags von 6 bis 10 Goldmark zustande gekommen ist und diese Buchstabenzahl verlangt werden kann, aber nicht für 23 bis 27 Papiermark. Wollten die Maschinenfeger ihre Leistung nach Papiermark einstellen, gäbe es für die Prinzipale ein große Aberrschung.

Die Kollegen der andern Berufsgruppen können den Maschinenfeger deshalb nicht vorwerfen, daß sie Egoisten sind. Ihre Arbeit ist auch des Lohnes wert. Auch sie sollen und müssen leben. Aber für unsre unstrittig aufreibendere Arbeit verlangen wir einen entsprechenden Aufschlag, wie wir ihn — das ist der prinzipielle Punkt — jahrzehntelang hatten! Haben hierfür die andern Berufsgruppen Verständnis? Ich weiß nur zu gut, daß es leider viele unter diesen Kollegen gibt, die dafür kein Verständnis haben und nicht recht wissen, daß die Maschinenfeger ihr altes Recht verlangen. Ich weiß auch, daß Bestrebungen in den verschiedenen Gewerben im Gange sind, gleiche Löhne zu zahlen und den sogenannten Schwerearbeitern eine kürzere Arbeitszeit zu bewilligen. Ich persönlich wäre mit dieser Regelung sehr einverstanden. Aber darüber wird sich jeder „Kenner“ klar sein, daß die Prinzipalität lieber 25 und mehr Prozent Aufschlag zahlt, als den Maschinenfeger eine kürzere Arbeitszeit zu bewilligen, und dies aus Prinzip. Darum gilt es für letztere, einen höheren Aufschlag zu erzwingen.

Und dann noch eins: Wenn die Spanne zwischen Sand- und Maschinenfegerlohn größer ist, können sich die andern Berufsgruppen mit ihrem Lohn mehr „entwickeln“ wie heute. Schon oft genug sagte man zu Sandeherlohn: „Mehr können wir Ihnen nicht geben, die Maschinenfeger haben ja nur soviel“!

Wenn die Maschinenfeger einen höheren Aufschlag verlangen, mögen die andern Berufsgruppen nicht darauf neidisch und eingeengt dessen sein, daß dieselben nur ihr jahrzehntelanges Recht bzw. ihnen Fortgenommenes ver-

langen, was sie für aufreibendere Tätigkeit bekamen. Die Maschinenfeger wären ja schlechtorganisierte Arbeiter, wenn sie jahrzehntelange Errungenschaften preisgäben. Die andern Kollegen haben durch uns nur Vorteil, bestimmt keinen Nachteil.

Nach Fertigstellung dieses Artikels, der an die Sozialisten des ganzen Reiches gerichtet ist, beschloßen die Maschinenfeger des Kreises II, einen 100prozentigen Aufschlag auf den schon bestehenden von 23 bis 27 M. von der Prinzipalität zu verlangen, was auch geschah. Es ist bezeichnend, daß viele Prinzipale anerkannten, daß die Maschinenfeger einen höheren Aufschlag bekommen müßten, die Ungezogenheit wollten sie aber vom Tarifamt geregelt wissen. In den verschiedenen Städten, wozu auch Düsseldorf gehört, wurde die Forderung aber doch bewilligt, wenn auch nicht in allen Fällen in voller Höhe und zum Teil unter Protest.

Bei dieser Situation wurde das Kreisamt in Köln schleunigst zumachen und bewilligte bis am 15. November fällige 25-M.-Rate ab 22. Oktober. Einen höheren Maschinenfegeraufschlag bewilligte es jedoch nicht. Im Kreise II besteht nun der unhaltbare Zustand, daß in einigen Orten, wozu auch Düsseldorf gehört, die Maschinenfeger einen weiteren Aufschlag von 27 M. erhalten haben (was die Maschinenfeger des ganzen Reiches mit Recht verlangen), während die andern des Kreises nichts erhalten. Hieraus entstehen die größten Gefahren.

Nur der Tarifauschuss ist in der Lage, hier Wandel zu schaffen. Möge er den entrechteten Maschinenfegern Gerechtigkeit widerfahren lassen und ihnen wenigstens einen 100prozentigen Aufschlag auf die bisherigen 27 M. bewilligen. Möge er sich der Tatsache bewußt sein, daß unter den Maschinenfegern ganz Deutschlands eine Empörung herrscht, die ihresgleichen sucht.

Auch der Verbandsvorstand möge dafür sorgen, daß das Recht der Maschinenfeger gewahrt bleibt; derselben Kollegen, welche im Organisationsleben nicht an letzter, sondern immer mit an erster Stelle stehen.

Zum Schluß möchte ich den Wunsch ausdrücken, daß die gesamte Kollegenchaft das Vorgehen der rheinisch-westfälischen Maschinenfeger aus der Not und ihrem Rechte geboren einzuschätzen weiß und eine Anspielung, wie sie auf der letzten Kreisamtsitzung in Köln, nach Nr. 74 der sogenannten „Zeitweiligen Mitteilungen“, von Seiten der Prinzipale in bezug auf das Verhalten der Sandeherlohn bei wiederkehrenden Anlässen gemacht wurde, nämlich, daß sie den Maschinenfegern in den Rücken fallen sollen, mit Entkräftung zurückweist.

Düsseldorf.

Robert Will.

Aus dem Grenzgebiet

Als in einer Versammlung betreffend Stellungnahme zu der Sonderzulage für Rheinland-Westfalen von verschiedenen Kollegen der Gedanke eines Streiks auswärts Erhöhung der Sonderzulage in die Diskussion geworfen wurde, warnte ein Verbandsfunktionär mit der Begründung, die mitteldeutschen Kollegen würden einem Kampfe zur Befestigung eines Teiles der Kollegen wenig Verständnis entgegenbringen. Es wäre wohl eine Unterlassungsfrage, wenn den mitteldeutschen Kollegen nicht einmal eine Schilderung der Verhältnisse im belebten Gebiet und besonders in den Grenzgebieten gegeben würde.

In Nr. 119 schrieb die Redaktion des „Korr.“ im Februar, daß in Leipzig ein Pfund Kartoffeln 80 M., ein Ei 2,60 M. und ein Liter Milch 3,70 M. kosten. Zu derselben Zeit kosteten hier in Kleve Kartoffeln 1,20 bis 1,40 M., ein Ei 3 M., ein Liter Milch 4 M. Für Milch wurde dieser Preis mit ganzen Niederbellen schon lange bezahlt. Dabei ist Kleve nur eine Kreisstadt von 18000 Einwohnern inmitten einer hochentwickelten Landwirtschaft.

Vor einigen Wochen kam ein Händler aus der Mitteldeutschland Essen, um hier aus dem Waggon Kartoffeln zu verkaufen aus Mitteldeutschland! Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß Kleve nahe der holländischen Grenze liegt. Die Landwirtschaft des Niederlands haben bekanntlich Saubere, Ordnung und Gottesfurcht in Erbpacht. Man kann es in jeder Versammlung hören. Das sind nämlich die einzigsten „Gebrauchsartikel“ dieser heuchlerischen Gesellschaft, die dem Holländer keinen Cent wert sind, sonst wären sie längst wie die notwendigen Lebensmittel über die Grenze geschoben.

Die Holländer können jetzt ohne Paß in Deutschland einreisen. Täglich sind in den Grenzgebieten die Geschäfte von Ausländern überfüllt. Nach der Guldenberechnung kaufen sie zu den lächerlichsten Preisen hier auf. Der Preis richtet sich bekanntlich nach der Nachfrage, und die deutschen Käufer sind die Dummen.

Umgekehrt gehen viele deutsche Handwerker nach Holland arbeiten, da an guten Handwerkern in Holland Mangel ist. Sie haben jetzt in Gulden ausgezahlt einen Wohlstand bis zu 2000 M. Die Leute fahren übrigens nach Holland und kommen ebenfalls zurück. Die deutschen Unternehmer sind gezwungen, die Löhne zu erhöhen, wenn sie überhaupt Handwerker bekommen wollen. Die Buchdrucker können sich des Mitleids der meisten Arbeiter ob ihres Lohnes „erwehren“. Nichtsdestowen sind natürlich auf die höheren Löhne eingestellt. Ein aus einem Provinzort in Bayern zugereister Kollege bezahlte dort 100 M. monatlich Nettlohn und war natürlich sehr erstaunt, als hier 150 bis 170 M. wähenentlich zu verdienen wurden. Ein aus dem Eichsfelde Zugereister hatte dort wähenentlich 50 M. bezahlt.

So sieht es hier aus. Kein Ost-, Nord-, Mittel- oder Süd-deutscher Kollege wird sich nach unsern „Geldschöpfen“ lehnen. H. Z.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

mn. Erzgebirge-Bogland. (Stereotypen) Vor kurzem fand in Plauen eine Zusammenkunft der Stereotypen von Plauen und Umgebung statt, die in Anbetracht des Zweckes der Veranstaltung leider schlecht besucht war. Doch fand sich immer noch der Teil der Kollegen ein, der für unsere Beziehungen Verständnis zeigt und auch noch Idealismus aufbringt. In der Aussprache kam so recht zum Vorschein, unter welchen Verhältnissen noch manche Kollegen zu arbeiten haben. Mit einigen wenigen Ausnahmen sind es meistens ältere Kollegen, die unserer Sache verständnislos und gleichgültig gegenüberstehen. Und doch hätten gerade diese am allermeisten Ursache, sich nicht abseits zu stellen. Dasselbe gilt auch von den Kollegen in der Umgebung Plauens. Nicht ein einziger hatte es für nötig gehalten, zu erscheinen. Trotzdem hat uns der Verlauf des Tages beschrieft, da wir die Gewißheit bekommen haben, daß auch in Plauen eine Anzahl Kollegen treu zu unserer Sache steht. Gesehentlich einer Umfrage an verschiedene Ortsvorsteher im Bogland zwecks Erlangung von Adressen hat man es überhaupt nicht für nötig gehalten, zu antworten.

Eußen (Hoff.). Die am 23. Oktober hier abgehaltene außerordentliche Bezirksversammlung hat u. a. ein Referat des gesehenehnen Gauvorstandsmittgliedes Kollegen Vorenzen (Kiel) vor. In seinem Vortrage schloß er die „Augenblickliche Lage im Beruf“. In der dann einsetzenden Diskussion wurde Besondere geföhrt über die Berichtserstattung des „Korr.“ über die örtlichen Bewegungen. Obgleich die Diskussionsredner das Ausder-Reißen in den allgemeinen verurteilten, konnte man dennoch die Handlungsweise der einzelnen Mitgliedschaften nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Die geföhrtete Tarifgemeinschalt bedarf energischer Stützen seitens unserer Vertreter, womit die Notwendigkeit ihrer Aufrechterhaltung ausgesprochen wurde. Die Verammlung erhob den Vorwurf, daß während der Kriegszeit die Interessen der Gehilfen betrefend der Entlohnung nicht genügend vertretten worden seien, daher das heutige Schiedentempo. Nach dem Schlußworte des Referenten (es folgendes, mit übergroßer Mehrheit angenommene Entschloßung ein: „Die am 23. Oktober 1921 in Eußen tagende Bezirksversammlung des Bezirks Eußen des V. d. B. stellt sich auf den Standpunkt, daß die am 1. Oktober in Kraft getretene Feuerungszulage angehörslich der in den letzten Wochen so rapid gestiegenen Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel vollkommen unzureichend ist. Sie ertwärtet von dem Vorstandsvorstand und den Tarifinstanzen, daß sofort Verhandlungen zwecks Erhöhung der Feuerungszulage eingeleitet werden.“

L. Frankfurt a. M. (Außerordentliche Bezirksversammlung vom 17. Oktober.) Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erstattete Kollege Erlingwald den Bericht über die letzte Kreisamtsitzung, in der u. a. auch über den Antrag verhandelt wurde, die Besetzungszulage auf Frankfurt auszudehnen. Von den Prinzipalen wurde dies in der betreffenden Sitzung abgelehnt, so daß die nächste Tarifauschüßsitzung sich erneut mit dieser Frage beschäftigen wird. Nach eingehender Aussprache wurde nachstehende Entschloßung mit übergroßer Mehrheit angenommen: „Infolge der durch die Markterwertung und sonstigen Ursachen entstandenen enormen Preissteigerungen beauftragt die heutige Versammlung den Gehilfenvertreter, Schritte zu unternehmen, daß die ab 15. November zu gehende zweite Rate der Feuerungszulage bereits am 1. November zur Auszahlung gelangt, und außerdem der Tarifauschüß schleunigst zwecks Erhöhung der Feuerungszulage und ebengiltiger Erledigung des zur letzten Tarifauschüßsitzung gestellten Antrags 2 (Sonderzulagen für bestlebes und angrenzendes Gebiet) zusammenberufen wird.“ Der zweite zu diesem Punkt eingegangene Antrag, der ein örtliches Vorgehen empfahl, war dadurch erledigt. Bei der Aussprache über die Beitragserrhöhung wurde die diktorische Maßnahme des Vorstandsvorstandes kritisiert und von der stark gekochten Versammlung folgendes Entschloßung mit Mehrheit geföhrt: „Die am 17. Oktober in Frankfurt a. M. tagende außerordentliche Versammlung des Bezirks Frankfurt a. M. legt aufs entscheidende Protest ein gegen die diktorische Erhöhung des Verbandsbeitrags von selten des Vorstandsvorstandes. Die Versammlung ist der Ansicht, daß das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder auch hier respektiert werden konnte und wird bei einer etwaigen nochmaligen Beitragserrhöhung durch den Vorstandsvorstand mit allen Mitteln das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder durchzusetzen versuchen.“ (Was der Vorstandsvorstand mit der zuletzt vorgenommenen Beitragserrhöhung sich im Rahmen des Statuts (§ 17 Ziffer 6) gehalten hat, schienen die wenigen noch anwesenden Mitglieder gar nicht beachtet zu haben. Red.)

Ortina. Am 23. Oktober fand unsere fast vollständig besuchte Herbstbezirksversammlung in Döbich statt. Kollege Bergmann eröffnete die Versammlung mit beruhigenden Worten und wünschte der Versammlung guten Verlauf. Hierauf referierte unser Gauvorsteher Freitag (Preußen) über: „Tarifwesen, Lohnpolitik und Gewerkschaften“. In seinen sehr bestföhlig aufgenommenen Ausführungen streifte er anfangs noch einmal kurz die Tarifverhandlungen und die Schwierigkeiten, die bis zum Abschluß zu überwinden waren. Er ging zurück bis in die Anfänge der Tarifgemeinschalt und besprach deren Aufgaben. In den Gewerkschaften lag er diejenige Kraft, die die Arbeiter einig, gellig und wirksam emporen lassen wird. In der anschließenden Aussprache fand die

Stellung unserer Vertreter bei den letzten Verhandlungen Anerkennung und Kritik. Scharf nahm Kollege Clement (Wurzen) gegen den Standpunkt der Interneher Eielung. In weiterer Erledigung der Tagesordnung wurde nach kurzer Debatte die Bildung eines Bezirksvereins abgelehnt und noch einige Angelegenheiten erledigt.

Kannover. (Korrekturen.) In der am 23. Oktober abgehaltenen Versammlung, die auch von zwei Hildesheimer Kollegen besucht war, konnten drei Neuannahmen vorgelesen werden. Vorliegender Vortrab gedachte in ehrenden Worten des verstorbenen Kollegen Otto Reinecke (Berlin). Die Verkommnisse der letzten Zeit innerab unserer Sparte gaben Stoff zu einer regen Aussprache. Es wurde ausgeöhrt, je schneller die Feuerungszulagen einander folgen und je höher die Zulagen ausfallen, so wünschenswerter und angebrachter sie für die Allgemeinheit auch sind, desto mehr geraten die für den Einzelnen mit wenigem Entlohnungen, und dazu gehörten mit wenigen Ausnahmen die Korrekturen, mit ihrer Entlohnung ins Hintertreffen. Derjenige, der früher 3 Mk. über Minimum erhalten konnte, müßte jetzt, der Geldentwertung nach, mindestens 30 Mk. über Minimum erhalten, zumal die Prinzipale nach wie vor berechtigt sind, 10 Proz. für das Korrekturlesen auf die Druckseite aufzuschlagen. Die Verammelten waren sich einig darüber, daß die Zentralkommission jede sich bietende Gelegenheit wahrzunehmen müße, eine Kommentierung des § 69 des Tarifs herbeizuföhren, um dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustand ein Ende zu bereiten. Die Gehilfenvertreter müßten bei der nächsten Tarifrevision mit aller Energie dafür eintreten, daß den Korrekturen endlich die tariflich festgelegte Bezahlung zuteil werde, auf die sie ihrer ausbreitenden und verantwortungsvollen Tätigkeit wegen mit Recht Anspruch zu haben glauben.

Heidelberg. (Maschinenheher.) Die Versammlung am 22. Oktober besaßte sich auch mit dem letzten Lohnabkommen und war entsetzt darüber, daß die Forderung nach Verdopplung der Maschinenheherzulage wieder aufgegeben wurde. Die Meinung ging einmüßig dahin, daß die Maschinenheher von künftigen Verhandlungen nachdrücklich die Wiederherstellung der früheren 25 Proz. fordern müßten. Hierauf wurden technische Fragen und interne Angelegenheiten besprochen.

Kempten. Am 16. Oktober fand hier eine Bezirksversammlung statt, die mittelmäßig besucht war. Von auswärtig erschienenen Kollegen aus Lindau, Lindenberg, Weller und Immenstadt, als Referent war unser Gauvorsteher Semmerich anwesend. Der Bezirksvorsitzende Müller begrüßte die Kollegen und widmete einem verstorbenen Invaliden einen ehrenden Nachruf. Sein Andenken wurde in der üblichen Weise geehrt. Kollege Semmerich sprach hierauf über: „Das neue Lohnabkommen und unsere zukünftigen Organisationsaufgaben“. Seine Ausführungen gaben ein getreues Bild der letzten Tarifauschüßsitzung wie auch einen Blick in die Zukunft. In der Diskussion, die den Boden der Sachlichkeit nicht verließ, wurde anerkannt, daß sich die Gehilfenvertreter bei der Annahme des letzten Lohnabkommens nur vom Verantwortungsgesühl leiten ließen. Allgemein wurde das Lohnabkommen als unzureichend bezeichnet und gefordert, daß seitens unserer Tarifinstanzen mit aller Kraft dahin gewirkt werde, daß die zum 15. November fälligen 25 Mk. bereits am 1. November zur Auszahlung kommen, suntsich neue Verhandlungen angebahnt werden, um endlich eine den Verhältnissen entsprechende Entlohnung der Gehilfen und Lehrlinge zu erreichen. Nach notwendiger Erhöhung des Bezirksbeitrags und Annahme eines Antrags auf Gewährung der vollen Fahrtenzuschläge schloß der Vorsitzende mit Dankesworten an den Gauvorstand und die erschienenen Kollegen die Versammlung.

Of. Köln. (Außerordentliche Versammlung der Maschinenhehervereinigung von Rheinland-Westfalen am 16. Oktober in Eberfeld.) Die Wiederherstellung der berechtigten Wünsche der Maschinenheher bei der letzten Tarifauschüßsitzung hatte eine starke Empörung in unsern Reihen wachgerufen. So waren denn auch die Maschinenheher von Rheinland-Westfalen in großer Zahl nach Eberfeld gekommen, um hier eine gründliche Aussprache vorzunehmen und zu beraten, was geföhren könne, um den unzureichend berechtigten Forderungen der Maschinenheher die nötige Wirksamkeit zu verleihen. In der ausgedehnten Debatte wurde besonders darauf hingewiesen, daß das Interneherium bald erreicht habe, wonach es sich schon solange lebte, die Gleichstellung des Maschinenheher mit dem Saabläger. Seute befrage die tarifliche Führerentlohnung kaum noch leben Prozent. Der Schaden, der der Gesamtvolksgesundheit zugefügt werde, ganz besonders aber unsern Handheherkollegen, sei unabwehrbar. In allen Orten, ob Provinz oder Großstadt, werden jede Woche neue Sechsmalchinen aufgestellt. Das sollte doch auch unsern maßgebenden Instanzen zu denken geben. Sämtliche Redner sanden scharfe Worte zu dem Verhalten der Interneher; es werde den letzteren nicht gelingen, die Maßnahme zur Entlohnung zu bringen und über den Menschen zu stellen. Auch von der Zentralkommission wurde ein ganz entscheidendes Auftreten in Zukunft verlangt. Eine Selbstverständlichkeit ist es dann, wenn man zur Erhöhung des Gesamtgrundlohns schreite, auch die Maschinenheher-Gratzulage, die auf Grund des früheren Grundlohns festgelegt sei, zu erhöhen. Vorliegender, Sprechend gab sodann das Ergebnis der Arbeitssprechung betreffend die Abschaffung der Sonntagarbeit bekannt, das 37 Stimmen für Abschaffung und 35 Stimmen gegen Abschaffung aufwies. Unter dem Punkt „Verschiedenes“ verlas der Vorsitzende einen Vorschlag eines Artikels aus der Wochenchrift des Internationalen Hotelbesizersvereins „Das Hotel“, erscheint in Köln, in dem ausgeöhrt wird, daß der Kölnener Streik der genannten Wochenchrift eine

Preiserrhöhung brachte, die allein größer war, als im Frieden die Herstellungskosten einer kompletten Nummer betragen. Man sei zu einschneidenden Gegenmaßnahmen gedrungen. Wirt es aber nicht geradezu lächerlich, daß ausgerechnet das Organ der Hotelbarone sich über die hohen Druckkosten beschwert, wo doch dieselben Herren es ausgeöhnt festzuhalten, Preise festzusetzen in ihren Hotels, die dem gewöhnlichen Sterblichen unerwünschlich sind?

Leipzig. (Korrekturen.) Die außerordentliche Hauptversammlung am 24. Oktober hatte als wichtigsten Punkt die Neuwahl des ersten Vorsitzenden auf der Tagesordnung. Kollege Rausch, der bisherige erste Vorsitzende, sah sich infolge seiner stark angegriffenen Gesundheit gezwungen, schon nach kurzer Tätigkeit sein Amt niederzulegen. Sein Scheiden wurde allgemein bedauert, da er sehr gewissenhaft und mit großer Sorgfalt seines Amtes gewaltig hat. Nach Erledigung weniger geschäftlichen Mitteilungen wurde dann Kollege Artur Schmiebel, Leipzig-Sellerhausen, Grassdorfer Straße 20, als erster Vorsitzender gewählt. Zur Aufnahme hatten sich drei Kollegen gemeldet.

Leipzig. (Rotationsdrucker.) Kollege Döbler eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes, 2. Neuerröhungen im graphischen Gewerbe, 3. Verschiedenes. Der Obmann gab zunächst den mit einigen Brudervereinen geföhrenen Briefwechsel bekannt. Weiter verbreitete er sich über den vom Kollegen Erbs im Leipziger Maschinenmeistervereine gehaltenen Vortrag über „Offsetdruck“. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Entlohnung der Rotationsdrucker in keinem Verhältnisse zu der schweren, verantwortungsvollen und dabei nervengerührenden Tätigkeit stehe. Nach längerer Debatte wurde folgender Antrag angenommen: „Die in den drei Offset-Verammelten Rotationsmaschinenmeister von Leipzig beauftragten ihren Obmann, sich mit der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands in Verbindung zu setzen, damit bei späteren Lohnforderungen die Rotationsdrucker den Maschinenheher gleichgestellt werden.“ Unter Punkt 2 gab der Obmann einen Bericht über die von der Technischen Kommission in Augsburg genommene neuen Druckverfahren und Maschinen, wobei gleichzeitig mit Erfolg versucht worden ist, diese den arbeitslosen Kollegen zugänglich zu machen. Internen dritten Punkte wurden einige technische Anfragen erledigt. Zur Erhebung des kollektiven Beitrags wurde die Wiedererröhung der Vergütungskasse empfohlen und beschlossen, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung, die Sonntagabend nachmittags stattfinden soll, zu legen.

Raumburg a. d. S. Die bedauerlicherweise sehr schwach besuchte Versammlung am 30. Oktober nahm die Abrechnung über das dritte Vierteljahr entgegen, erledigte unter „Geschäftlichem“ eine Reihe örtlicher Angelegenheiten, woran sich die Errichtung der Kartellberichte schloß. Der vorgelegene Vortrag über den Wert der Konsumgenossenschaft wurde für eine spätere Versammlung verschoben. Unter „Tariflichem“ wurde die allgemeine Lage gestreift und im Anschluß daran die in den letzten Wochen unhaltbar gewordenen Verhältnisse bei der hiesigen Firma Gottfried Wöhler wieder einmal, wie schon so oft in den letzten Jahren, einer vernehmlichen, aber berechtigten Kritik unterzogen. Die angezogenen Verhältnisse, die nicht so sehr auf tariflichen Gebieten zu suchen sind, sondern mehr an der mangelnden Rücksichtnahme der Geschäftsinhaber im Verkehr mit ihrem Personal ihre Ursache haben, wurden allgemein verurteilt und den beteiligten Gehilfen aufgegeben, geeignete Schritte zur Beseitigung dieser Zustände zu unternehmen. Dies geschah, indem das Personal am Montag, 31. Oktober, unter Berufung auf die vorliegenden Beschlüsse die Kündigung einreichte, was gleichzeitig die Anrufung der tariflichen Instanzen von beiden Seiten zur Folge hatte. Durch deren Vermittlung ist es am darauffolgenden Dienstag gelungen, in mehrstündigen Verhandlungen die Beseitigung des Konflikts herbeizuföhren.

Erler. (Maschinenheher.) Nach Entgegennahme einiger geschäftlicher Mitteilungen und des Kassenberichts, dessen Ziffern beherichtigend waren, nahm die Versammlung am 16. Oktober Stellung zu dem derzeitigen Stande der Maschinenhehererröhne. So wie bisher, das unterstrichen alle Redner, könne es mit der Behandlung der Maschinenheher nicht weitergehen. Für den Lohn, den wir wöchentlich weiter erhalten, verheiden wir uns Gesundheit nicht länger. Dem „Wohbau der Röhne“ bei uns schon in Friedenszeiten ein Aufbau der Arbeitszeit voraus — muß denn immer der Maschinenheher die Kosten bezapen? Will die Prinzipalität den Mangel an Maschinenheher beheben, zahle sie anständige Löhne. Ein Antrag, die Maschinenheherzulage bei der nächsten Tarifauschüßsitzung um 150 Proz. zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen. Nach längerer Aussprache über technische Angelegenheiten erfolgte Schluß der außerordentlichen Versammlung.

□ □ □ □ □ Literarisches □ □ □ □ □

„100 Milliarden neue Steuern.“ Von Ernst Heimann. Angehörig der Entwertung unseres Geldes und der rasch fortschreitenden Teuerung ohne entsprechenden Gehalts- und Lohnausgleich kann der Finanzruß des Reiches nicht noch mit Verbrauchssteuern befreit werden. Die G. fassung der Geldwerte steht für die Arbeitskraft im Mittelpunkt der ganzen Finanzfrage, wie die Finanz- und Realpolitik sich heute im Mittelpunkt des ganzen wirtschaftlichen und politischen Lebens steht. Die vorliegende Broschüre erschließt das Verständnis dieses Problems und verdient deshalb weitest Verbreitung. Preis 2,50 Mk. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68.

(Stierzu eine Beilage.)

Werkstätige!



Einsichtige!

Steigert die Zinskraft eurer Ersparnisse! Erwerbt

Teilschuldverschreibungen

der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg
in Stücken zu 500, 1000, 5000 oder 10 000 Mark.

Verzinsung 5 1/2 Prozent im Jahr.

Gedruckte Bedingungen sind in allen Consumvereinen zu haben oder abzufordern bei der
Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, Besenbinderhof 52

Ausschneiden! Aufbewahren!

MOB. Gutenberg Erfurt

Freitag, den 18. November, abends 7 Uhr,
in den oberen Sälen des „Stadthauses“

36. Stiftungsfest.

Mitglieder und deren Damen pro Person 1,50 Mk., Gäste pro Person 3 Mk.
Karten sind bei allen Mitgliedern zu haben. — Ende 4 Uhr.

Herrenabend.

Montag, den 28. November, abends 8 Uhr im Stadthaus-Saal

Weihnachtsfeier.

Sonntag, 25. Dezember, (i. Weihnachtstag) nachm. 4 Uhr in der „Hose“
Freundlich ladet die Gesangsbrüder und deren Damen, sowie die Kollegen
zu diesen Veranstaltungen ein Der Vorstand.

Bandwurm (Spul- u. Madentwürmer)

diese Schmarotzer entziehen dem Körper die besten Säfte, der Mensch wird
blutarm, nervös, elend und schlapp. Weichlichste und blutarme Frauen
und Mädchen, Magen- und Blähungskücheln sowie nervöse Personen usw.
leiden in den meisten Fällen an Eingeweidewürmern, erkennen aber ihre
Krankheit nicht. Ob Sie etwas dagegen unternehmen, verlangen Sie
Rückkunft gegen 1 Mk. in Stoffscheinen. Kleine Sungenkur! 16
Wurm-Rose, Hamburg 11a 121.

Überfeinste echte böhmische in 9x1 Pfund-Würfel pro Pfund 23,50 und
25 Mk., 1a Füllter Käse, kein Kunstkäse, etwa
8 bis 9 Pfund, Laib pro Pfund 16,95 und 14,45 Mk.,
100 echte Harzer Käse 65 Mk. Nachnahme. [536
Sammonia-Verband, Hamburg 22 A, Schledienplatz 18 pl.

Ukzidenzfeher

an flottes und korrektes Arbeiten gewöhnt, sofort gesucht bei guter Be-
zahlung. [519
Buchdruckerei C. W. H. Schulz,
Hamburg 3, Michaelisstraße 21a.

Geübte Schriftstellerin

für Kommissionen sofort gesucht. [545
Schriftstellerschule Ludwig Wagner, Leipzig, Gabelsbergerstraße 1a.

BUCHGEWERBLER

gelernter Typograph, war Student der Leipziger
Akademie, hervorragend in Entwurf und Zeich-
nung, erkrankte früher Druckarbeiten, 1a Referenzen,
sucht in Leipzig entsprechende Position als
KÜNSTLERISCHER BEIRAT
oder ähnliche leitende Stellung. Offerten unter
Nr. 546 an die Expedition dieses Blattes erbeten

Typographfeher

In angenehme Stellung sofort gesucht,
Gebalt nach Aderkinn. [552
„Wollswille“, Neuzatz (Ober).

Maschinenmeister

der im Farben- und Bildendruck vor-
zügliches leistet, in dauernde, angenehme
Stellung, Gynolge Wohnungsnot mög-
lichst unverzögert.
C. M. Gärtner, Aue (Erzgeb.).

Schweizerdegen

oder erstklassiger, erfahrener Drucker,
der die selbständige Leitung kleiner,
moderner Lithographieanstalten (zwei Schnell-
pressen, zwei kleine Maschinen) mit Buch-
binderei in Industriebetrieb des weissen
und farbigen Gebiets erfolgreich bewerk-
stelligt, in dauernde, gutbezahlte Ver-
trauensstelle gesucht.
Angebot unter Nr. 554 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Monotypsetzer

nach Aua gesucht. Anfragen unter
genauer Angabe der Praxis, ob ge-
eigneter Sieher oder Seher und ob auch
Falterkenntnisse vorhanden, an [539
Monotypwerkstätten Wilhelm Meck,
Berlin-Rankwitz.

Galvanoplastiker

der mit dem Wachspapierverfahren völlig
vertraut ist, in selbständige, dauernde
Stellung gesucht. [553
J. Neumann, Neubamm.

Präger und Abdecker

ebenfalls Richter stellen sofort ein
[538] Wacker & Mading, Würzen.

Schrieffeher

für Zeitung und Inserate sucht Stellung.
Offerten unter O. T. 550 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Salte!!!

Schrieffeher, 22 Jahre
alt, erfährt in allen
Sacharten, wünscht sich als
Inferatenfeher
zu verändern. Gest. Offerten
u. „Inferatenfeher“ Nr. 557
an die Geschäftsstelle
d. Bl. erbeten.

Hannover!!!

Ukzidenzfeher

mit allen vorkommenden Arbeiten ver-
traut, bemüht, nur gute Sachen her-
zustellen, möchte sich verändern. Hens-
burg oder Umgegend bevorzugt. Selbiger
ist mit Setzungsstoffe-empfehle und Gaa-
schen vertraut. Antritt kann sofort er-
folgen.
Gest. Angebote unter Nr. 543 an die
Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Akzidenzfeher

21/22 Jahre alt, in ungehinderter Stellung, wünschen sich zu ver-
ändern, womöglich in eine Firma, jedoch nicht Bedingung. Tätigke-
it, selbständige Kräfte, in allen Sacharten bewandert, speziell Akzidenz-
und Katalogfab. Größere Städte Thüringens (Erfurt, Leipzig)
bis Berlin bevorzugt. Angeb. unter Nr. 551 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Nach Magdeburg 30jähriger Ukzidenzfeher

ledig, bewandert in allen modernen Sach-
arten, absolut ernster Arbeiter, wünscht
sich in Dauerstellung zu verändern.
Bessere Angebote unter Nr. 551 an die
Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Inferatenfeher

zu dem zwecks Weiterausbildung im Akzi-
denzliche Stellung. Antritt sofort. Gaa-
l wohn.
Gest. Angebote an W. Tepsen, Schles-
weg, Domielgehof 26. [560

Welcher polnische Kollege

in Berlin oder Nähe würde mit Deut-
schen in Polen (ehem. preuß. Gebiet)
tauschen mit Stellung (Linotype-Ma-
schinenfeher, Korrektor) und Wohnung
oder auch nur mit Wohnung?
Offerten unter Nr. 537 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Englisch-Französisch!

Buchdrucker, gel. Seher, perfekt in
englischer und französischer Sprache
(lang. Faktor u. Korrektor in Frank-
reich u. England, gepr. u. vererb.
Milit. 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000. u. 1001. u. 1002. u. 1003. u. 1004. u. 1005. u. 1006. u. 1007. u. 1008. u. 1009. u. 1010. u. 1011. u. 1012. u. 1013. u. 1014. u. 1015. u. 1016. u. 1017. u. 1018. u. 1019. u. 1020. u. 1021. u. 1022. u. 1023. u. 1024. u. 1025. u. 1026. u. 1027. u. 1028. u. 1029. u. 1030. u. 1031. u. 1032. u. 1033. u. 1034. u. 1035. u. 1036. u. 1037. u. 1038. u. 1039. u. 1040. u. 1041. u. 1042. u. 1043. u. 1044. u. 1045. u. 1046. u. 1047. u. 1048. u. 1049. u. 1050. u. 1051. u. 1052. u. 1053. u. 1054. u. 1055. u. 1056. u. 1057. u. 1058. u. 1059. u. 1060. u. 1061. u. 1062. u. 1063. u. 1064. u. 1065. u. 1066. u. 1067. u. 1068. u. 1069. u. 1070. u. 1071. u. 1072. u. 1073. u. 1074. u. 1075. u. 1076. u. 1077. u. 1078. u. 1079. u. 1080. u. 1081. u. 1082. u. 1083. u. 1084. u. 1085. u. 1086. u. 1087. u. 1088. u. 1089. u. 1090. u. 1091. u. 1092. u. 1093. u. 1094. u. 1095. u. 1096. u. 1097. u. 1098. u. 1099. u. 1100. u. 1101. u. 1102. u. 1103. u. 1104. u. 1105. u. 1106. u. 1107. u. 1108. u. 1109. u. 1110. u. 1111. u. 1112. u. 1113. u. 1114. u. 1115. u. 1116. u. 1117. u. 1118. u. 1119. u. 1120. u. 1121. u. 1122. u. 1123. u. 1124. u. 1125. u. 1126. u. 1127. u. 1128. u. 1129. u. 1130. u. 1131. u. 1132. u. 1133. u. 1134. u. 1135. u. 1136. u. 1137. u. 1138. u. 1139. u. 1140. u. 1141. u. 1142. u. 1143. u. 1144. u. 1145. u. 1146. u. 1147. u. 1148. u. 1149. u. 1150. u. 1151. u. 1152. u. 1153. u. 1154. u. 1155. u. 1156. u. 1157. u. 1158. u. 1159. u. 1160. u. 1161. u. 1162. u. 1163. u. 1164. u. 1165. u. 1166. u. 1167. u. 1168. u. 1169. u. 1170. u. 1171. u. 1172. u. 1173. u. 1174. u. 1175. u. 1176. u. 1177. u. 1178. u. 1179. u. 1180. u. 1181. u. 1182. u. 1183. u. 1184. u. 1185. u. 1186. u. 1187. u. 1188. u. 1189. u. 1190. u. 1191. u. 1192. u. 1193. u. 1194. u. 1195. u. 1196. u. 1197. u. 1198. u. 1199. u. 1200. u. 1201. u. 1202. u. 1203. u. 1204. u. 1205. u. 1206. u. 1207. u. 1208. u. 1209. u. 1210. u. 1211. u. 1212. u. 1213. u. 1214. u. 1215. u. 1216. u. 1217.

□ □ □ □ □ Wohnungsfragen □ □ □ □ □

Die Behandlung der Wohnungsfrage im Reichstagsausschuss

Selbst des sogenannten Wohnungs- und Siedlungsausschusses des Reichstags war ein Unterausschuss gewählt worden, dem die Aufgabe zuteil wurde, über die Beschaffung der Mittel für die Neubaufähigkeit, die Regelung der Baukostenbeträchtigung sowie die Neuorganisation des gesamten Wohnungs- und Siedlungswesens zu beraten und geeignete Vorschläge zu machen. In diesem Unterausschuss waren Sachverständige sowohl als auch Vertreter derjenigen Organisationsstellen berufen worden, die Vorschläge zur Behebung der Wohnungsnot unterbreiten sollten; u. a. auch Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der Afa.

Sichtlich der Neuorganisation des Wohnungswesens waren dem Unterausschuss die vom ADFG und von der Afa aufgestellten „Richtlinien zu einem Gesetz über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens“ vorgelegt worden, die jedoch, da die Vertreter des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften dagegen votierten, abgelehnt wurden. Bismarck gelangte ein Vorschlag des Stadtrats Friedrich Hofmann in Leipzig betreffend den „Entwurf eines Reichsgesetzes über die Einführung der Gemeinwirtschaft im Mietwohnungswesen“ zur Annahme. Nach diesem Vorschlag haben die Gemeinden das Recht, ihr Mietwohnungswesen in die Gemeinwirtschaft zu überführen, während nach den Vorschlägen der Gewerkschaften das gesamte Mietwohnungswesen zwangsweise in die Gemeinwirtschaft übergeführt werden sollte. Den Ausschlag bei der Abstimmung gaben, wie gelang, die Vertreter des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften; hätten diese für den Vorschlag der freien Gewerkschaften gestimmt, so wäre dieser angenommen worden. Andererseits wäre der Vorschlag Hofmann, für den die Christlichen eintraten, ebenfalls begraben worden, wenn nicht die Vertreter der freien Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien — um wenigstens etwas zu erreichen — dafür gestimmt hätten.

Bei der Beratung über die Finanzierung des Wohnungsbaues traten die Vertreter der freien Gewerkschaften wiederum für die Einführung der Gemeinwirtschaft ein, da nur durch diese eine befriedigende Regelung der Finanzierung des Wohnungsbaues zu erreichen ist. Bis zur Einführung der Gemeinwirtschaft, so erklären die genannten Vertreter, würden sie jedoch einem Provisorium zur Finanzierung zustimmen. Einig war man sich schließlich im Ausschuss darüber, daß die Aufbringung der Mittel zur Finanzierung eines Bauprogramms ohne einen Ausbau des Wohnungsabgabegesetzes — allerdings ohne eine wesentliche Erhöhung der Wohnungsmieten — nicht zu erreichen ist. Auch die Vertreter der Gewerkschaften konnten sich dieser Ansicht nicht verschließen; sie stellten aber die Bedingung, daß die Einkommen der Renten-, Lohn- und Gehaltsempfänger um den Betrag der Mietssteigerung erhöht werden. Außerdem verlangten sie, daß die in der Bauproduktion entliehenen Goldwerte erlaßt und zugunsten des Wohnungsbaues Verwendung finden. Schließlich empfahl der Unterausschuss die Aufstellung eines Bauprogramms für zwei Jahre. Nach diesem Bauprogramm sollen pro Jahr 200000 Zuschußwohnungen hergestellt werden.

Aus dem Programm sei besonders hervorgehoben: Für die Durchführung des Bauprogramms soll ein dem Reichsarbeitsministerium angegliederter Reichskommissariat für das Wohnungs- und Siedlungswesen, mit einem Reichskommissar an der Spitze, geschaffen werden; dem letzteren ist ein engerer und ein weiterer Beirat zur Seite zu stellen. Betreffs Beschaffung der Mittel zum Wohnungsbau einigte man sich dahingehend, daß diese grundsätzlich aus der Wohnungswirtschaft selbst heraus fließen gemacht werden. Solange eine dauernd gesicherte gemeinwirtschaftliche Kapitalquelle für den Wohnungsbaubau nicht zur Verfügung steht, sollen die auf dem Bauprogramm über die Wohnungswirtschaft erfaßbaren Kapitalquellen benutzt werden. Die Verteilung der Mittel hat man sich folgendermaßen gedacht: 20 Proz. von den gesamten aufkommenden Mitteln sollen in eine Ausgleichskasse des Reiches fließen, die vorzugsweise derartige Bauvorhaben finanziert, deren Zweck auf eine Erweiterung des Nahrungsraumes und auf eine Hebung der Produktion lebenswichtiger Güter, insbesondere auf die Produktion von Ausfußgütern, entfällt. Von den verbleibenden Mitteln werden 50 Proz. den Städten und Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern und 50 Proz. den Orten mit weniger als 20000 Einwohnern zugeführt. Mindestens 80 Proz. der bezirklich verteilten Mittel sollen für den Familienausbau mit Gärten sowie für den Bau von Siedlerstellen freigestellt werden. Die von der Allgemeinheit aufzubringen Mittel sollen zu 75 Proz. Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und Gemeinden für den gemeinwirtschaftlich gebundenen Wohnungsbau zugeführt, der

Rest kann zum Bau privater Einfamilienhäuser verwendet werden, wenn diese Mittel gegen spekulative Ausnutzung gesichert sind.

Im Hauptausschuss beschloß man sich eingehend mit diesen Vorschlägen des Unterausschusses. Es wurde u. a. beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen: 1. anzutreiben, daß in den Jahren 1922/23 mindestens je 200000 Wohnungen erbaut werden; 2. zur Deckung der unrentierlichen Baukosten sind in den Jahren 1922 und 1923 von den Ländern und Gemeinden mindestens je 6 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen. Das Wohnungsabgabengesetz (Mietsteuer) soll zu diesem Zweck weiter ausgebaut werden. Wenn es nicht möglich ist, für das gesamte Reich die Baukosten eines Jahres unmittelbar durch Erhöhung der Mietsteuer aufzubringen, so soll es den Ländern überlassen bleiben, ob die neuen Einnahmen unmittelbar zum Zuschuß oder zur Tilgung der notwendigen Beträge Verwendung finden. Mit 14 gegen 11 Stimmen beschloß der Ausschuss ferner, daß der Ausgleich zwischen den Mieten in den alten und den neuen Wohnungen bald herbeizuführen ist. 1. weil ihre große Verschiedenheit zu wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten geführt hat, 2. weil ohne die Abführung des Mietzinsunterchiedes seitens der Inhaber aller Wohnungen an die Allgemeinheit die Wohnungsnot nicht beseitigt werden kann, 3. weil zur Behebung des Wirtschaftsliebens der Spekulation auf die Mietssteigerung, indem sie für die Allgemeinheit mit Beschlag belegt wird, die Grundlage entzogen werden muß. Auch war man sich im Ausschuss darüber einig, daß eine Bestimmung geschaffen werden müsse, wonach die Wohnungsluststeuer seitens der Gemeinden und gemeinwirtschaftlichen Verbände zur Förderung des Kleinwohnungsbaues verwendet werden.

Im großen und ganzen wurden die vom Unterausschuss vorgelegten Richtlinien zu einem Wohnungsbauprogramm für die nächsten beiden Jahre angenommen. Abgelehnt wurde in der Hauptsache die Bestimmung, die die Schaffung eines Reichskommissariats für das Wohnungs- und Siedlungswesen vorschloß. Eine Änderung ersucht die Vorlage insofern, als in bezug auf die Verwendung der gemeinschaftlichen Mittel beschlossen wurde, daß nicht 75 Proz., wie es in der Vorlage heißt, sondern die gemeinschaftlich aufzubringenden Mittel ohne Einschränkung gemeinwirtschaftlich tätigen Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und Gemeinden zuzuführen sind. Ein Antrag von Herrn (Deutsche Volkspartei) gelangte schließlich gegen zwei Stimmen bei neun Stimmenthaltungen zur Annahme. In diesem Antrag wird zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung diese unter der Wirkung langfristiger Mietverträge als besonders schwer benachteiligt erscheinen läßt. Es soll ein Vorbehalt geschaffen werden, wonach die Mietentwässerungen angehalten werden, die steigenden Lasten des Hausbesitzes auch bei langfristigen Verträgen angemessen zu verteilen.

Die Wohnungsreform in der Sozialkommission

Wenn man sich die Zusammenlegung der Sozialkommissionen vergegenwärtigt, so braucht man sich nicht zu wundern darüber, daß die Tätigkeit dieser Kommission nicht gerade hoch eingeschätzt wird. Sa, man kann behaupten, daß von politischen Ergebnissen überhaupt keine Rede ist. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß sich zwei Richtungen in der Kommission gegenüberstehen, eine privatwirtschaftliche und eine gemeinwirtschaftliche.

Kürzlich hat man sich, um wenigstens etwas zu schaffen, auf ein Gutachten geeinigt, das lediglich Vorschläge provisorischer Natur enthält. Trotzdem will die Kommission eine grundsätzliche Regelung des Wohnungswesens vornehmen, und sie hat sich die Prüfung gemeinwirtschaftlicher Möglichkeiten für ihre weiteren Beratungen vorbehalten. Einig ist sich die Kommission nach dem Gutachten vom 5. September 1921 darin, daß der bisherige Zustand für alle Teile unbefriedigend ist und einer dringenden Änderung bedarf. Der eine Teil der Kommissionmitglieder verlangt jedoch die Wiederherstellung des freien Marktes durch schrittweise Aufhebung der Höchstmietpreise und der Zwangswirtschaft; dabei sind diese Mitglieder gewillt, die bei freier Preisbildung eintretende Steigerung der Grundrente der Allgemeinheit zuzuführen. Der andere Teil der Kommissionmitglieder — Silberling, Wisfler, Kautsch, Lederer, Werner, Fallob, Kuczynski, Kaufmann und Umbreit — ist zwar damit einverstanden, daß die Steigerung der Grundrente der Allgemeinheit zugeführt wird, die endgültige Lösung steht er aber in einer Sozialisierung durch Aberführung aller ganz oder teilweise zu Wohn- oder Gewerbezwecken vermieteten Gebäude in das Eigentum des Reiches oder der Gemeinde (eventuell unter Heranziehung von Mietergenossenschaften). Für gewerblich benutzte Räume halten beide Richtungen eine baldige Aufhebung der Höchstmietpreise und damit der Zwangswirtschaft für geboten, während sie eine solche

für Wohnungen wegen der dadurch eintretenden Erschütterungen des Wirtschaftslebens für unmöglich halten.

In dem von der Sozialkommission ausgearbeiteten Gutachten einigten sich die beiden Gruppen trotz ihrer Gegensätze im Endziele dahingehend, daß für alle (auch die vom Eigentümer) zu Wohn- und Gewerbezwecken benutzten oder benutzbaren Wohnungen oder Gewerberäume eine Grundmiete festgelegt wird, die der Eigentümer ungekürzt erhält und die derart bemessen sein soll, daß zur normalen Miete vom 1. Juli 1914 ein Zuschlag erhoben wird, der die notwendigen Mehrausgaben deckt und außerdem eine angemessene Vergütung für die Arbeitsleistung der Hausbesitzer enthält. Eine Erhöhung der Grundmiete um 100 Proz. hält die Kommission für notwendig; sie stellt einen jährlichen Bedarf von 5 Milliarden Mark vor. Das Gutachten betont gleichzeitig, daß für eine angemessene Erhöhung der Löhne und Gehälter unter Vermeidung sozialer Kämpfe gefordert wird. Mit Bezug auf die Abgaben an die Gemeinden äußern sich in dem Gutachten sogar drei Parteien: Silberling, Wisfler, Kautsch, Lederer und Fallob empfehlen das 25fache des 100prozentigen Aufschlags als 4prozentige Grundschuld zugunsten der Gemeinde an erster Stelle einzutragen. Eine andere Gruppe will den die Grundmiete übersteigenden Erlös als Steuer erheben; wenn durch die Mietssteigerung die Grundmiete um mehr als 100 Proz. der Friedensmiete erhöht wird, sollen dem Hausbesitzer 10 Proz. verbleiben. Diesen Prozentatz will die dritte Gruppe auf 25 Proz. zum Ausgleich für die Geldentwertung erhöhen. Von einer weiteren Erhöhung der Miete für gewerbliche Räume soll die Gemeinde 90 Proz. als Steuer erhalten. Die Zinsen der Grundschuld und der Ertrag der Steuer werden nach dem Vorschlag der Sozialkommission zum Neubau und zur Bedienung eines Anteils der Kosten für Instandhaltung von Gebäuden (große Reparaturen) sowie zum Ausgleich von Härten und zu Mietsbeihilfen für kinderreiche Familien oder sonst notleidende Familien verwendet. Die Hälfte der Zinsen der Grundschuld und des Ertrags der Steuer fließen den Gemeinden unmittelbar zur Verfügung; je ein Viertel müssen sie an eine Landesausgleichsstelle und an eine Reichsausgleichsstelle abführen. Aber Beträge, die die Steuer aus Gewerberäumen ergibt, verbleiben die Gemeinden vollständig.

Die Vorschläge, die hier gemacht worden sind, verdienen jedenfalls Beachtung; zweifellos werden sie auch bei den Beratungen des Reichstags bzw. des Wohnungsausschusses eine Rolle spielen. Aber mit der Sozialisierung haben diese Vorschläge nichts zu tun. Eins kann es ja nur geben: Entweder die Sozialkommission regelt die Neubaufähigkeit sowie das gesamte Wohnungswesen gemeinwirtschaftlich oder aber sie erklärt sich unter Hinweis auf ihre Zusammenlegung aufzulösen, die Aufgabe, die ihr in dieser Hinsicht gestellt wurde, zu lösen. rk.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Zur Kenntnisnahme der Schriftstellerinnen an den Tarifabschlussverhandlungen in Leipzig. Der Bauvorstand hat für sämtliche Vertreter im „Hotel „Grüner Baum“ (Königsplatz) Quartier bestellt. Es ist ihm aber sofort Mitteilung zu machen, wann bestimmt Anknüpf erfolgt: Dienstag oder Mittwoch. Kommt der Dienstag für Übernachtungen noch nicht in Betracht, so ist das zu betonen, da keine Belegung erfolgen muß. Man schreibt nicht an das Hotel, sondern an den Kollegen Hesselbarth. Am Dienstag Abend ist Treffpunkt im „Volkshaus“, erstes Stockwerk; die Vorbereitungen am Mittwoch finden ebenfalls im „Volkshaus“ statt.

Zeltungsausstellung in Nürnberg. Die Ortsgruppe Nürnberg im Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker veranstaltet im Monat Januar in der Bayerischen Landesgewerbeausstellung zu Nürnberg eine Zeltung-, Zeitschriften- und Interaktivausstellung unter dem Titel „Die Zeltung im Dienste der Kultur“. Die Vertreter von Zeltungen und Zeitschriften werden gebeten, Ausstellungsmaterial zur Verfügung zu stellen, desgleichen die Schriftleiter Proben von Zeltungen- und Zeitschriften sowie von Einlagen und Druckschriften an die Adresse: Heinrich Stadler, Nürnberg, Friedrichstr. 10 II.

Die Verantwortung beim „Eingeländt“. Der verantwortliche Redakteur der „Berliner Post“ und der Verfasser eines „Eingeländt“ waren wegen Beleidigung eines Landjägers angeklagt. Der Redakteur stellte die Absicht der Beleidigung in Abrede und berief sich im übrigen darauf, daß er sowohl als Staatsbürger wie insbesondere als Redakteur nur in Wahrung berechtigter Interessen handelte, indem er das „Eingeländt“ mit der Rüge angeblüht oder wirklicher Mistkünde aufnahm. Das Gericht billigte ihm den Schutz des § 193 zu und sprach ihn frei, während der Verfasser wegen einfacher Beleidigung verurteilt wurde.

Arbeitsgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe. Der Arbeitsgeberverband beruft zum 19. November nach Frankfurt a. M. eine ordentliche Hauptversammlung ein. Auf der Tagesordnung steht: 1. Erhaltung des Jahresberichts. 2. Vorlegung der Jahresrechnung 1920/21. 3. Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichsverband der deutschen Presse über den Abschluss einer Reichsarbeitsgemeinschaft. 4. Bericht über die Tätigkeit der Schlichtungsgesellschaft der Buchdruckereibesitzer und Zeitungsvorleger Deutschlands. 5. Wahlen zum Vorstand. 6. Die Stellung des Zeitungsvorlegers als Arbeitgeber; Referent Dr. Endow, Berlin. 7. Die wichtigsten Fragen des vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Gesetzes über das Arbeitsrecht; Referent Rechtsanwalt Claren, Köln a. Rh. Neben Punkt „Verschiedenes“ bleibt auch noch eine Erweiterung der Tagesordnung vorbehalten.

Ein früherer Zeitungsvorleger als Geldschneiderei. Ein komisches Intermezzo spielte sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zu Berlin ab. Angeklagt waren wegen Münzverbrechens der frühere Zeitungsvorleger Koepfel und dessen Ehefrau Monika. Der Angeklagte K. hat einst bessere Tage gelebt. Er war längere Zeit Besitzer der von seinem Vater erblichen „Verzöglichen Hofbuchdruckerei Karl Koepfel“ in Sagan und gab dort auch eine Zeitung heraus. Die durch den Krieg herausgeforderte unnatürliche wirtschaftliche Entwicklung machte das bisher aufgehende Unternehmen zu einem völlig unrentablen, so daß er es schließlich „für ein Butterbrot“ verkaufen mußte. Er geriet dann langsam auf die schiefte Ebene und kam schließlich auf den Gedanken, sein Leben durch Anfertigung falscher Stadtschlösser in von Bunzlau, wo er zuletzt wohnte, zu fristen. Er wurde jedoch bald dabei abgefangen und mit seiner Frau vor die Geschworenen gestellt, die beide zu je zwei Jahren Zuchthaus verurteilten. Später stellte es sich heraus, daß K. in einer entlegenen Ziegelei in von Bunzlau auch falsche Fünfschillingsscheine der sogenannten Klasse 42 der Fälschlinge angefertigt und diese dann in dortiger Gegend und auch in Berlin vertrieben hatte. Die Folge war eine Nachtragsanklage, welche das Fälschmünzereipaar jetzt vor die Berliner Geschworenen führte. Koepfel, der schon früher geurteilt hatte, daß man den „Berliner Geschworenen sehr viel vormachen könne“, sagte dies jetzt auch vor Gericht in die Tat um, indem er den „wilden Mann“ spielte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Mitangeklagte seine Frau sei, erklärte K. anfänglich, daß er „die Dame nicht kenne“. Seine Frau habe er sich aus dem Bober geholt, sie sei eine Boberntze. Die Herren Geschworenen nickten feststellen, ob „die Dame“ Weine oder einen Fälschswanz habe. Wenn sie einen Fälschswanz habe, sei es seine Frau. Auf günstiges Zureden des Vorsitzenden gab K. schließlich diesen Anknüpfungspunkt auf und benahm sich durchaus vernünftig. Das Urteil lautete auf je vier Monate Zuchthaus zuzüglich.

Herstellung englischer Bücher in Deutschland. Mit Rücksicht auf die hohen Druckkosten in England empfahl kürzlich Oskar Brownling im „Manchester Guardian“, daß diejenigen Druck- und Buchbinderarbeiten, die von englischen Buchdruckern abgelehnt werden, deutschen Buchdruckereien und Buchbindereien übertragen werden sollten. Das Verlagshaus George Allen and Unwin Ltd. erwiderte darauf im selben Blatte, daß es bereits den Neudruck von Büchern, über welche es mit englischen Buchdruckereien nicht übereingekommen ist, an deutsche Firmen übertragen habe, daß aber die Annahme solcher Aufträge in Deutschland mitunter an den Schwierigkeiten scheitert, die der britische Reparationszoll und die Verfahren britischer Zollämter mit sich bringen.

Der Reichswirtschaftsrat gegen Wucher und Ausverkauf. Im Anschluß an die in Nr. 129 gebrachte Notiz über die Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats berichten wir heute näheres. Die Verbrauchergruppe brachte unter mehrfacher und durchschlagender Begründung die angenommene Entschließung ein, die von der Reichsregierung scheinbar nicht angenommen, um der sprunghaft ansteigenden Preissteigerung und insbesondere den ungeradeartigen Preistreibern und den zunehmenden Verkäufen an das Ausland entgegenzutreten. Es kam zum Ausdruck, daß das Wucherergesetz mehr und härter gegen den Kartoffelwucher angewendet werden muß. Trotz aller Abkühlungen würden große Mengen nach dem Auslande verschoben. Erst vom 31. Oktober ab, nachdem jeans Wochen lang auf der Eisenbahn verschoben wurde, sei eine Kontrolle nur für vierzehn Tage verfügt worden. Die Kontrolle an der Grenze müsse aber bis zur nächsten Ernte beibehalten bleiben. Der in Merseburg festgesetzte Kartoffelpreis von 80 bis 90 M. sei unfaßbar. Fleisch, Zucker und Sachpreise müßten herabgesetzt und gegen das Kartellwesen ein Gesetz geschaffen sowie das Textilsuhrverbot erweitert werden. Gegen die enormen Margarinepreissteigerungen wurde besonders scharf Protest erhoben und gefordert, daß der Margarineverband, der die unnatürliche Preissteigerung betreibt, kontrolliert wird. Seit 11. Juli sind die Preise von 7 bis 12,50 M. auf 21 bis 26 M. pro Pfund hinaufgeschraubt worden und in den Läden muß dafür bis zu etwa 30 M. gezahlt werden. Das ist eine Erhöhung, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Wie alle Preistreiber, begründen auch die Margarinefabrikanten die Steigerung mit der schlechten Valuta. Sie verschweigen aber, daß die Preise für die tierischen sowohl wie pflanzlichen Rohstoffe und Halbfabrikate in den letzten Monaten ganz erheblich gefallen sind. Der Margarineverband, der die Preise diktiert, besteht zu 70 bis 75 Proz. aus den englisch-holländischen Konzernen Jürgens & Prinsen in Goch und Van den Berg in Nive, die 100 Proz. Dividende zahlten. Es ist also vorwiegend Auslandskapital, das den Ton angibt. Warum

kontrolliert die Regierung nicht auch hier die Gesteuerungskosten und Verkaufspreise, gerade wie bei Kaffee, Kall, Eisen und Stahl? Scharf wandte man sich gegen die fünfundsamzigfache Steigerung des Friesenpreises für Milch, gegen die wucherlichen Obstpreise und gegen das Verschwinden des Zuckers, für den die Schokoladenfabriken jeden Preis zahlen. Die Preise für Bekleidungsgegenstände seien gleichfalls ruckartig emporgelungen. Gegen die unheimlich hohen Schuh- und Stiefelpreise, die sich in nächster Zeit noch verheeren sollen, wurde Front gemacht und nötigenfalls die Errichtung eines Kartellmonopols verlangt. Die Hüttenindustrie hat in den letzten beiden Monaten mindestens 115 Millionen Konjunkturgewinne gemacht. Dagegen sei etwas gefahren, sonst steuern wir in Kürze österreichischen oder russischen Verhältnissen zu. Cohen vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde warnte vor der Gefahr innerer Unruhen, die durch die hohen Preise namentlich für Kartoffeln heraufbeschworen würden. Die Unternehmer und die Landwirte entschuldigten die Preistreiber und hoben die Schuld auf die „andern“. Ein Regierungsvertreter bestritt jeden Mangel von Kartoffeln, die nur zurückgehalten würden. Die Landwirte sollten nur den legalen Handel und die Genossenschaftsbeliefer. Die Margarinepreise unterlägen der Nachprüfung.

Der Film im Dienste des Unfallschutzes. Ein dankenswerter Aufgabe hat sich die Deutsche Lichtbildgesellschaft in Berlin SW 19 unterzogen durch die Herstellung des Films „Unfallüberütung in gewerblichen Betrieben“. Der Film wurde unter Mitwirkung von Professoren der Technischen Hochschule zu Charlottenburg hergestellt und ist von der Gesellschaft vor geladenem Publikum (Gewerkschaftsvertretern, Unternehmern, Ärzten usw.) mit einem einleitenden Vortrag über Unfallüberütung vorgeführt worden. Zu längerer Beobachtung besonders wichtiger Vorgänge an den Maschinen ist eine Vorrichtung getroffen, die es ermöglicht, das einzelne Bild für längere Zeit festzuhalten. Es wäre zu wünschen, daß dieser Probefilm, der für verschiedene Industrien berechnet ist, so viel Anklang findet, daß die Filmgesellschaft dadurch angeregt wird, auf dem beschriebenen Wege fortzufahren und besondere Filme für die einzelnen Industriezweige herzustellen.

Unternehmerwünsche für Überarbeit ohne Aufschlag. Die „Deutsche Arbeitszeitung“ vom 6. November nimmt Bezug darauf, daß viele Tausende Arbeiter aus den Städten Sonntags hinauswandern, um die von den Bauern rutenweise gehaltenen Kartoffeln selbst herauszunehmen, wodurch sie freiwillig Sonntagsarbeit leisten. „Überhaupt wird in der Stadt und auf dem Lande von vielen Arbeitern freiwillige Sonntagsarbeit geleistet, so daß es als ein großes Unrecht erscheint, wenn die Gewerkschaften fortgesetzt Aufschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit in ihren Tarifen verlangen.“ „Gut gebrüllt, Löwe!“, aber diejenigen Leute, welche eingesehen haben, daß die Feuerung nur durch Mehrarbeit ohne Aufschlag zurückgebracht könne, das sind die Unternehmer selbst, die ihren Profit noch mehr steigern wollen, nicht aber die Arbeiter, wie man glauben machen will. Jedenfalls ist es noch zwischen freiwilliger Arbeit für sich und der Arbeit im Dienste des Unternehmers ein großer Unterschied. Schon grundsätzlich und dann auch im Interesse der Arbeitslosen lehnt die Arbeiterschaft jede planmäßige Überstundenarbeit, auch gegen entsprechende Bezahlung, aufs nachdrücklichste ab. Sie ist dazu nur ausnahmsweise bereit, wenn alle Arbeitslosen in dem in Betracht kommenden Beruf untergebracht sind und dringende Notwendigkeit vorliegt.

Verschiedene Eingänge

Sachmittellisten für die Deutschen Korrektoren. Nr. 9, 1921. In Verbindung mit den „Typographischen Mitteilungen“ herausgegeben (auch als Sonderdruck zu beziehen) von der Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands. Vorsitzender: Arthur Grams, Berlin SW 11, Königsberger Straße 89, Quergebäude 3. „Zusätzliche“ Bücher und „Sonderdrucke“. Monatlicher Bericht über die graphischen Künste mit der Unterhaltungsbeilage „Graphische Ferienkuren“, vereinigt mit dem „Journal für Buchdruckerkunst“. Herausgeber Ernst Böhm in Berlin W 57, Dönhofsplatz 19, September 1921. Heft 12. 27. Jahrgang, Preis 6,50 M. Preis vierteljährlich 15 M., einschließlich des Weihnachtbuches 60 M. jährlich. Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Zellerow Straße 32.

„Das Einkommensteuergesetz und die Befreiung des Arbeitslohn.“ Bearbeitet von Reichsarbeitssekretär Alfred Wehner, 2. Aufl. 9. 100 Fragen und 100 Antworten unter Darstellung des Rechtsweges an der Hand zahlreicher Musterformulare. 40 Seiten. Dritte, neu bearbeitete Auflage. Preis 4 M. Im Selbstverlag.

„Die Erwerbslosenfürsorge nach dem neuen Einkommensteuergesetz für Arbeiter und Angestellte.“ Heft 8. Von Rudolf Weich, Arbeitssekretär in Königsberg i. Pr. 90 Seiten. Preis 8 M. Verlagsgenossenschaft Freiheit, O. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 3.

„Arbeitslosenversicherung 1922.“ Kalender für das arbeitende Volk. Ein laubender Lesebuch und vortrefflicher Auslastung, mit zahlreichen Illustrationen und vortrefflichem Inhalt, der für jedes Familienmitglied etwas bringt, wird sich der Kalender auch diesmal wieder in zahlreichen arbeitserleichternden Eingängen verschaffen. 80 Seiten. Preis 4 M. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

„Jesus Christus, der Meister der Zeitgenossen des Sozialismus.“ Von Dr. Oskar Hoffmann. In diesem Buche kommt zum Ausdruck, daß das wahre Christentum Sozialismus ist, im Gegensatz zur bisherigen Staatslehre, wo das Christentum der Zeit eine Religion fände, aber der Appendix eine Hauptlehre war. 64 Seiten. Preis broschiert 6 M., gebunden 8,50 M. Verlag für sozialistische Lebenskultur, R. Koch.

„Jesus Leben als Kind, Jüngling, Mann und Greis.“ Legende aus der Zeit der ersten römischen Kaiser. Preis 3 M. E. Döw, Philippinen, Kirchheimbolanden (Pfalz).

„Hans Eysenbach, Karl Schindler, Leo Soligoy.“ Ihre Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie. Eine Schilbe von Karl Kautsky. Preis 2 M. Verlagsgenossenschaft Freiheit, O. m. b. H., Berlin C 2.

Davon wollen wir lieber absehen, es können sonst noch Überfrümlungen kommen. — **Der Bild aufgenommen.** — S. 20, in B. Sie könnten sich doch Koffen sparen und uns umhauen, wenn Sie Ihre Artikel überprüf einsehen würden. — **W. M. in Säger:** Wir müssen es absehen, solchen Quark im „Korr.“ breitzutreten. Im übrigen fehlt der Einbindung das Signum des Ortsverzeichnisses. — **G. W. in A.:** Eine Sammlung der neuen einschlägigen Literatur können Sie vom Bildungsverbände der Deutschen Buchdrucker (Geschäftsstelle Leipzig, Schumannstraße 5) beziehen. Im übrigen empfehlen wir Ihnen neben der „Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht“ angelegentlich das Studium des „Korrespondenzblattes“ mit seiner Arbeitsrechtsbeilage. — **H. B. in A.:** Bericht über die Versammlung vom 16. ging am 24. 10. hier ein. — **H. B. in Meg:** Nov. Dez.: 88,40, J. Dez. 142,50 = 230,90 M. — **H. B. in Br.:** Bis Ende 1921: 700 22.

Verbandsnachrichten
 Verbandsanwaltschaft: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Danzig (Grosshochel). Hier herrscht Arbeitslosigkeit. Trotzdem sind Konditionsanträge ohne vorherige Anfragen zu versenden. Es werden die schärfsten Maßnahmen bei Unterlassung der Anfrage angewendet werden. Anfragen sind zu richten an Arthur Sübner, Danzig, Blichofsberg 15.

Neustreife. Der Lehrer Friz Beeshow aus Neubrandenburg (Neubrandenburger 1729) ist von Penzlin ohne Abmeldung mit 14 Kisten a 6,40 M. = 89,60 M. abgereist. W. wird hierüber aufgefordert, jene Kiste innerhalb 14 Tagen an den Bezirkskassierer Bernhard Schulz, Neustreife, Margaretenstraße 21, portofrei einzusenden, da sonst Ausschuss erfolgt. Die Vertrauensleute werden gebeten, B. hiervon Mitteilung zu machen.

Adressenveränderungen
Greif i. Vogl. Kassierer: Arno Sempel, Neugommla 65 bei Greif.
Königswinter. Vorsitzender: M. Böser, Niederbollenrode a. Rh., Hellerbacher Straße 29; Kassierer: F. Remmerth, Königswinter, Hauptstraße 74.
Berlin-Char. Vorsitzender: Max Mittenzweil, Char., Moltkestraße 7 III; Kassierer: Wilhelm Doll, Char., Felsenkirchstraße 21.

Zur Aufnahme gemeldet
 (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
 Im Gau Nordwest 1. der Drucker Peter Stever, geb. in M. Gladbach 1882, ausgl. in Düsseldorf 1900; 2. der Schweizergebe Heinrich Breg, geb. in Pappenburg 1863, ausgl. bei 1881; waren schon Mitglieder. — Franz Schipper in Bremen, Dorumstraße 26 I.
 Im Gau Ostpreußen der Lehrer Karl Winterbeimer, geb. in Gumbert 1901, ausgl. in Ober-Ingelheim 1919; war schon Mitglied. — Walter Krause in Königsberg i. Pr., Farenheidestraße 22 II.

Arbeitslosenunterstützung
Hauptverwaltung. Bericht vom Monat September 1921.

Auf der Reise: 175 Mitglieder.
 Am Orte: 911 ausgesteuerte, nichtbezugsberechtigte und kurzarbeitende Mitglieder a 2 M. pro Tag, Ortsunterstützung erlösien: 1412 Mitglieder.
 An Arbeitsloftagen, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezählt worden:

Beschäftigungsart	In der Ortsunterstützung		Ausgesteuerte am Orte		In der Ortsunterstützung		Unterstützungstage insgesamt
	Mitgl.	Tag	Mitgl.	Tag	Mitgl.	Tag	
Seher	132	1871	544	8847	1009	14633	25351
Mach. u. S.	4	29	2	49	12	148	226
Drucker	34	549	351	6130	353	5578	12257
Steuereinp.	3	57	8	154	23	293	504
Galvanopl.	—	—	2	25	3	25	50
Korrektoren	—	—	3	60	6	149	209
Faktoren	—	—	—	—	—	—	—
Schriftgäbe	2	14	1	3	6	63	80
Stempeldrn.	—	—	—	—	—	—	—
	175	2520	911	15268	1412	20889	38677

Arbeitslos verblieben am 30. September 1921: 1109 Mitglieder.

An Unterstufungen wurden gezahlt:
 Reiseunterstützung:
 an 175 Mitglieder für 2520 Tage . . . 10943,75 M.
 Notstandsbeihilfe an Kurzarbeiter (121), Ausgesteuerte usw. am Orte:
 an 911 Mitglieder für 15268 Tage . . . 30536,— M.

Ortsunterstützung:
 an 645 Mitgl. für 9281 Tage a 4,— M. = 37124,— M.
 „ 400 „ 5595 „ a 4,50 „ = 25177,50 „
 „ 367 „ 6013 „ a 5,— „ = 30065,— „
 zusammen 92366,50 M.

Insgesamt wurden im Monat September gezahlt:
 1921: 133846,25 M. für 38677 Tage
 1920: 174248,65 „ für 75907 „
 weniger 1921: 40402,40 M. für 37230 Tage
Gesamtausgabe im zweiten Quartal (Juli bis September):
 1921: 365771,65 M. für 107208 Tage
 1920: 497995,05 „ für 216929 „
 weniger 1921: 132223,40 M. für 109721 Tage
 (ohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

Versammlungskalender
 Düsseldorf: Versammlung heute Sonnabend, den 12. November, abends 7 Uhr, im „Vollshaus“.
 Nordhausen a. S.: Versammlung heute Sonnabend, den 12. November, abends 8 Uhr, im „Riefenhaus“.

Briefkasten
 E. St. in Ch.: 1. Die Wahlkreis-Ausstellung dauert bis inklusive 20. November. 2. Das Puchgewerbehaus ist geöffnet: Sonntags von 11 bis 2 Uhr, wochentags von 9 bis 4 Uhr. — G. W. in L.: